



Nr. 169 | 13.10.2025

Zentralasien-Analysen

Afghanistan-Politik der Vereinigten Staaten, Russlands und der Türkei

- **ANALYSE**
Neue Seidenstraßen, alte Verbindungen: Das sowjetische Vermächtnis in der US-amerikanischen Regionalstrategie für *Greater Central Asia* seit 2001
Davlatbegim Mamadshoeva (University of Amsterdam) 2
 - **ANALYSE**
Russlands offizielle Anerkennung der Taliban: Zwischen Symbolpolitik und Risikoabwägung
Andrei Kazantsev-Vaisman (Bar-Ilan University, Tel Aviv) 8
 - **ANALYSE**
Das türkische Engagement in Afghanistan seit 2021: Humanitäre, wirtschaftliche und bildungspolitische Dimensionen
Zaur Gasimov (Türkisch-Deutsche Universität, Istanbul) 13
-
- **CHRONIK**
Hinweis auf die Online-Chronik 17

ANALYSE

Neue Seidenstraßen, alte Verbindungen: Das sowjetische Vermächtnis in der US-amerikanischen Regionalstrategie für *Greater Central Asia* seit 2001

Davlatbegim Mamadshoeva (University of Amsterdam)

DOI: 10.31205/ZA.169.01

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die US-amerikanische Regionalstrategie für Afghanistan und Zentralasien seit 2001, wobei die von Washington verfolgte »New Silk Road Initiative« sowie das ihr zugrunde liegende Konzept eines »Greater Central Asia« im Fokus stehen. Die 2011 verkündete Initiative zielte darauf ab, durch die Stärkung grenzüberschreitender Konnektivität zwischen Zentral- und Südasien regionale Stabilität sowie wirtschaftliche Reformen und Entwicklung zu fördern. Durch diesen regionalen Ansatz sollten auch post-sowjetische Strukturen in Zentralasien überwunden werden. Dennoch hat die Initiative implizit von länger zurückreichenden interregionalen Verbindungen und Netzwerken aus der späteren Sowjetzeit Gebrauch gemacht und diese integriert. Anhand der »First Kabul Conference on Partnership, Trade, and Development in Greater Central Asia« von 2006 soll demonstriert werden, wie Washington in Kooperation mit zentralasiatischen Entwicklungsspezialisten die regionale Integration vorantrieb und diese Spezialisten dabei ihre jahrzehntelange Erfahrung aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten einbrachten. Auf diese Weise wurde eine neue Entwicklungsagenda aus der Zeit nach 9/11 auf bereits bestehende Netzwerke und Verbindungen geschichtet, die den andauernden regionalen Integrationsprozess zwischen Zentralasien und Afghanistan bis heute prägen.

Von der »Operation Enduring Freedom« zur »New Silk Road«: Eine Historisierung der US-Außenpolitik in »Greater Central Asia«

Nach 9/11 ist Zentralasien erneut in den Fokus von Washington gerückt. Noch seit den späten 1990er Jahren war das US-amerikanische Engagement in Zentralasien rückläufig, da Washington über die ausbleibende Transformation postsowjetischer Staaten zu liberalen Demokratien und Marktwirtschaften zunehmend frustriert war (Cooley 2012, S. 20). Die Anschläge in New York vom 11. September 2001 markierten auch für die außenpolitischen Prioritäten der Vereinigten Staaten in Zentralasien eine tiefgreifende Zäsur. Mit einem Schlag rückte die Region ins Zentrum der Aufmerksamkeit für den anrollenden »Global War on Terror«. Nachdem das Bündnis aus Nordallianz und internationaler Koalition das erste Taliban-Regime im Rahmen der »Operation Enduring Freedom« Ende 2001 gestürzt hat, stand das US-amerikanische Engagement in Zentralasien ganz im Zeichen der internationalen Bemühungen, Afghanistan und die neue Übergangsregierung des Landes zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang bemühte sich Washington bei den zentralasiatischen Staaten schnell um Zugang zu Militärbasen und Infrastruktur zur Sicherstellung der eigenen Nachschubrouten. Die Beziehungen zwischen Zentralasien und Washington kühlten sich jedoch bereits 2005 wieder ab, da das US-amerikanische Engagement von den Regierungen in der Region zunehmend mit gesellschaftlicher Einflussnahme und politischer Destabilisierung assoziiert wurde (Cooley 2012, S. 49).

Gleichzeitig blieb die Einbindung Zentralasiens in den »Global War on Terror« unter der US-amerikanischen Expertengemeinschaft nicht unbeachtet, was zur Ausarbeitung neuer strategischer Konzepte führte. Zu dieser Zeit entwarf S. Frederick Starr, ein prominenter Historiker und außenpolitischer Berater in Washington für den postsowjetischen Raum, die Vision einer neuen Rolle für die Vereinigten Staaten in Zentralasien. In einem Policy Paper aus dem Jahr 2005 präsentierte Starr die Islamische Republik Afghanistan der Post-Taliban-Ära als Schlüsselland einer wirtschaftlichen Integration zwischen Zentral- und Südasien – ein konzeptueller Raum, den er »Greater Central Asia« nannte. Nach seiner Vorstellung sollte sich die US-Außenpolitik in diesem Raum auf die Förderung von grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen, Verkehrsverbindungen, Energieflüssen sowie der internationalen wirtschaftlichen Kooperation konzentrieren. Laut Starr könne Washington auf diese Weise langfristige Stabilität in Afghanistan und der gesamten Region herstellen – auch über einen späteren US-Truppenabzug hinaus. Zugleich würde dieser Ansatz gewährleisten, dass die zentralasiatischen Regierungen den Vereinigten Staaten gegenüber freundlich eingestellt bleiben und sich weiterhin im »War on Terror« engagieren.

Starrs Vision eines »Greater Central Asia« wurzelte in seiner langjährigen Arbeit an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politikberatung während des Kalten Krieges. 1974 war er einer der Mitbegründer des in Washington ansässigen Kennan Institute, das sich zu

einer der einflussreichsten US-amerikanischen Denkfabriken zur Sowjetunion und später den postsowjetischen Staaten entwickelte. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie maßgeblich Starrs Konzept eines »Greater Central Asia« durch sein Verständnis von sowjetischer Geschichte und postsowjetischer Politik in Zentralasien geprägt wurde. So argumentierte Starr, dass die sowjetischen Grenzziehungen eine wirtschaftliche Integration zwischen Zentral- und Südasien behindert und Moskau die zentralasiatischen Sowjetrepubliken somit von sich abhängig gemacht hätte. Im Kontext dieses historischen Verständnisses warnte er in den 2000er Jahren auch vor einer erneuten russischen Einflussnahme in Zentralasien, sobald die Vereinigten Staaten aus Afghanistan abziehen würden. Aus seiner Sicht beinhaltete »Greater Central Asia« das Versprechen, diese postsowjetischen Abhängigkeiten zu überwinden und die Region dauerhaft aus dem russischen Einflussbereich herauszuführen.

»Greater Central Asia« bildete schließlich auch das ideelle Rückgrat der »New Silk Road Initiative«, die 2011 von der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton in der südindischen Stadt Chennai angekündigt wurde. Die Initiative repräsentierte Washingtons De-facto-Regionalstrategie für Zentralasien nach dem zeitgleich von der Obama-Administration eingeleiteten Truppenabzug aus Afghanistan. Donald Trump hat sie während seiner ersten Amtszeit als US-Präsident zwischen 2017 und 2021 dann erneut aufgegriffen (PTI 2017). Wie das ihr zugrundeliegende Regionalkonzept zielte die Initiative darauf ab, durch eine wirtschaftliche Integration von Zentral- und Südasien und die Förderung von grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen US-amerikanische Interessen im postsowjetischen Raum zu verfolgen, vor allem hinsichtlich regionaler Stabilität, wirtschaftlicher Reformen und der Stärkung von Institutionen. Dieser neuen US-Strategie in Zentralasien ging eine interne Umstrukturierung des außenpolitischen Apparates voraus: bereits 2005 wurde das Office of Central Asian Affairs aus dem Bureau of European and Eurasian Affairs herausgelöst und mit dem Bureau of South Asian Affairs fusioniert. Der erfahrene Diplomat Richard A. Boucher wurde daraufhin der erste Assistant Secretary of State für das neue Bureau of South and Central Asian Affairs. In dieser Funktion wurde er auch ein früherer Unterstützer der Idee eines »Greater Central Asia«. Auf der 2006 von Starr mitorganisierten »First Kabul Conference on Partnership, Trade, and Development in Greater Central Asia« nahm neben einer Reihe regionaler und internationaler Akteure auch Boucher teil. Er nutzte seine Ansprache dafür, die Verpflichtung seines Büros für die Förderung der wirtschaftlichen Konnektivität zwischen Zentral- und Südasien zum Ausdruck zu bringen.

Der Beitrag möchte zeigen, dass die »New Silk Road Initiative« nicht nur in Strukturen der US-amerikani-

schen Wissensproduktion über die ehemalige Sowjetunion eingebettet war, sondern maßgeblich auf transnationalen Verbindungen und Netzwerken aufbaute, die lange vor dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind. Am Beispiel der Konferenz in Kabul von 2006 soll verdeutlicht werden, wie zentralasiatische Spezialisten auf ihre historisch vermittelten Erfahrungen aus vorherigen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zurückgriffen, durch die bereits der sowjetische Staat den grenzüberschreitenden Handel, die Bildungskooperation und den technologischen Austausch mit Afghanistan fördern wollte – Strukturen, die teilweise bis in die frühen 1960er Jahre zurückreichen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass sich die US-amerikanische »New Silk Road« zwar als historisch neuartige Initiative inszenierte, paradoxerweise jedoch auf genau jenem postsowjetischen Vermächtnis beruhte, das sie eigentlich überwinden wollte.

Eine »einmalige« historische Gelegenheit – oder lediglich konvergierende Interessen? Die »First Kabul Conference on Partnership, Trade, and Development in Greater Central Asia« von 2006

In seinem im März 2005 veröffentlichten Strategiepapier *A 'Greater Central Asia Partnership' for Afghanistan and Its Neighbors* skizziert S. Frederick Starr die Vision einer von den Vereinigten Staaten geförderten regionalen Integration, die sowohl einen makroökonomischen Gesamttraum zwischen Zentralasien und Afghanistan etabliert, als auch regionale Sicherheit für die Zeit nach der »Operation Enduring Freedom« gewährleisten soll (Starr 2005, S. 27). Dreizehn Monate später, im April 2006, war Starr einer der Mitorganisatoren der *First Kabul Conference on Partnership, Trade, and Development in Greater Central Asia*, um seine Konzepte in einem erweiterten Kreis regionaler und internationaler Akteure zu diskutieren. Insgesamt nahmen über 60 Teilnehmer aus 16 Ländern sowie von internationalen Organisationen, wie der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank, teil. Ausgerichtet wurde die Konferenz vom *Central Asia-Caucasus Institute* (CACI), einer 1996 von Starr gegründeten Denkfabrik in den Vereinigten Staaten, und dem 2003 in Kasachstan gegründeten *Institute of World Economy and Policy* (IWEP). Die Ergebnisse der Konferenz wurden 2007 im Sammelband *The New Silk Roads. Transport and Trade in Greater Central Asia* veröffentlicht (Starr 2007).

Zwar sollte laut Ankündigung Afghanistan im Mittelpunkt der Konferenz stehen, Eröffnungsreden wurden jedoch nur von offiziellen Vertretern der Vereinigten Staaten und von Kasachstan gehalten, wodurch diese Akteure für sich eine gewisse Vorrangstellung bei der regionalen Politikgestaltung signalisierten. Kasachstans

damaliger Außenminister (und heutiger Präsident) Kasym-Dschomart Tokajew präsentierte Afghanistan als »Vereiniger« einer einst kohärenten Region, die durch externe Eingriffe zersplittert worden sei, und sicherte Kasachstans Unterstützung für regionale Integrationsprojekte in den Bereichen Energie, Handel und Infrastruktur zu (Norling 2006, S. 8). An Tokajew anschließend betonte Richard A. Boucher, der damalige Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, Washingtons Unterstützung für die regionale Integration zwischen Zentralasien und Afghanistan durch die Schaffung neuer Handels- und Transportnetzwerke, wobei er die Frage nach institutionellen Kapazitäten, Investitionsklima und Transparenz mit US-amerikanischen Prioritäten in den Bereichen Sicherheit, Reformen und Rechtsstaatlichkeit verknüpfte.

Im impliziten Widerspruch zur Binnenlogik der Konferenz, regionale Integration durch grenzüberschreitende Netzwerke fördern zu wollen, haben sowohl Boucher als auch Starr eine starke Betonung auf die nationale Souveränität der postsowjetischen Staaten Zentralasiens gelegt, um sie als eigenständige Akteure jenseits ihrer sowjetischen Vergangenheit zu präsentieren. So hat Boucher auch die interne Umstrukturierung des US-Außenministeriums und die Schaffung des *Bureau of South and Central Asian Affairs* mit der Anerkennung postsowjetischer Eigenständigkeit durch die US-amerikanische Seite erklärt. Angesichts der vielfältigen Konferenzteilnehmer hat Starr wiederum den übermäßig strategischen Ton seines vorherigen Policy Papers in einem neuen Narrativ aufgelöst, das globale ökonomische Prozesse als Ergebnis vermeintlich »natürlicher« bzw. historisch notwendiger Kräfte darstellt. Diese Uneindeutigkeit hinsichtlich seiner eigenen strategischen Konzepte hat schließlich auch seine akademische Herkunft sowie seine ambivalente Stellung innerhalb der US-amerikanischen »Sowjetologie« während der Hochphase des Kalten Krieges widergespiegelt.

In den späten 1970er Jahren kam es zu einer tiefgreifenden Krise der bis dahin verfolgten Entspannungspolitik im Kalten Krieg, woraufhin sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion drastisch verschlechterten. Im Gegensatz zu anderen einflussreichen »Sowjetologen« trat Starr für die Fortführung wissenschaftlicher Kontakte und den weiteren akademischen Austausch mit der Sowjetunion ein – eine Haltung, die er später überdenken würde. In einem Webinar vom November 2024 hat Starr die damalige wissenschaftliche Vernachlässigung des sowjetischen Zentralasiens an US-Universitäten beklagt und Bedauern darüber geäußert, damals nicht enger mit Kollegen wie Richard Pipes, Paul Henze und Alexandre Bennigsen zusammengearbeitet zu haben (Woodrow Wilson Center 2024). Bei diesen handelt es sich um eine dama-

lige Gruppe von überzeugten antisowjetischen Wissenschaftlern, die für eine aggressive politische Schwächung der Sowjetunion eintraten, die ihrer Meinung nach mittels aktiver Förderung des politischen Islam im sowjetischen Zentralasien erreicht werden könne (zum tatsächlichen Einfluss von akademischen »Kalten Kriegern« wie Pipes, Henze und Bennigsen auf die damalige US-Regierung siehe Kalinovsky 2015; zur diskreditierten Stellung der »Bennigsen-Schule« in der heutigen Zentralasien-Forschung siehe Khalid 2021). Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion verlagerte Starr seinen Fokus von Russland auf postsowjetische »Peripherien« wie Zentralasien, wobei er sein umfangreiches persönliches Netzwerk weiterhin für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik nutzte.

Mit seinem Konzept eines *Greater Central Asia* wollte Starr das Erbe der sowjetischen Grenzziehungen, komplexe regionale Abhängigkeiten von Moskau sowie intraregionale Hierarchien überwinden. Aus seiner Sicht bot Afghanistan nach dem Sturz der Taliban 2001 eine »einmalige historische Gelegenheit«, seine Vision praktisch umzusetzen. Durch die Betonung von überwiegend wirtschaftlichen Argumenten für die regionale Integration wurde Demokratieförderung zur Nebensache, stattdessen lag der Fokus auf Zolleinnahmen, Transitgebühren und Exporterlösen. Seiner Ansicht nach erforderte ein regionales Umfeld, das »freien Handel« und »freie Märkte« begünstigt, jedoch weitreichende staatliche Maßnahmen, wie etwa bereits beim Beitritt Kirgistans zur Welthandelsorganisation 1998. Nach seiner Auffassung würden sich die Schaffung günstiger Bedingungen für den regionalen Handel und die Stabilisierung Afghanistans am Ende gegenseitig verstärken.

Die verflochtene Geschichte zwischen dem sowjetischen Zentralasien und Afghanistan: Der blinde Fleck der »New Silk Road«

Starrs Behauptung, die Sowjetunion habe Zentralasien von seinen Nachbarregionen isoliert, steht in deutlichem Kontrast zu den Biografien zahlreicher zentralasiatischer Entwicklungsspezialisten, die an der Kabul-Konferenz 2006 teilgenommen haben. Ein exemplarisches Beispiel ist der tadschikische Ökonom Chodschimuhammad Umarow, der zu jener Zeit die Abteilung für makroökonomische Studien am Forschungsinstitut des tadschikischen Handels- und Wirtschaftsministeriums geleitet hat. Sein Werdegang verdeutlicht, wie Verbindungen zwischen Zentral- und Südasien bereits durch den sowjetischen Staat gefördert wurden und dass derartige Konzepte zur Zeit der Kabul-Konferenz 2006 keineswegs neu waren.

Umarows Karriere war seit den 1980er Jahren stark von sowjetischen Strukturen akademischer Mobilität und transnationalen Austauschs geprägt. Nach der Erlangung seines Dokortitels in ländlicher Entwick-

lung im Jahr 1987 nahm er an zahlreichen wissenschaftlichen Konferenzen innerhalb und außerhalb der Sowjetunion teil, wo er in einen intensiven Austausch mit internationalen Kollegen trat. Besonders prägend waren Begegnungen mit indischen Ökonomen in den 1980er-Jahren, die das Denken des tadschikischen Experten nachhaltig beeinflussten (Kalinovsky 2018, S. 213). Gleichzeitig etablierte sich Umarow in der späten Tadschikischen SSR als eine der öffentlichen Stimmen, welche die sowjetische Wirtschaftspolitik in Zentralasien kritisierten. Mit Ausbruch des Bürgerkrieges in Tadschikistan Anfang der 1990er Jahre zog Umarow nach Russland, wo er für eine Frachtfluggesellschaft tätig war, die Waren nach Indien transportierte – eine Anstellung, die er dank seiner Englischkenntnisse und der Unterstützung eines ehemaligen Kommilitonen erhielt (Kurbanova 2015). Nach seiner Rückkehr nach Tadschikistan wurde er Teil eines lokalen Expertennetzwerkes, das internationale Organisationen bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beriet. Beispielsweise war er 2005, ein Jahr vor der Kabul-Konferenz, Mitglied einer Gruppe, die das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) für die Erstellung des *Central Asia Human Development Report* zur Situation des regionalen Handels beraten hat. Insgesamt bietet Umarows Lebensweg, wenngleich ein herausragendes Beispiel, wertvolle Einblicke in die sowjetischen und postsowjetischen Strukturen der Konnektivität zwischen Zentral- und Südasien.

Seit den frühen Tagen der Oktoberrevolution hat die sowjetische Führung die Region Zentralasien durch das Prisma ihrer vielfältigen kulturellen, linguistischen und historischen Verbindungen mit dem Mittleren Osten und Südasien betrachtet. In diesem Zusammenhang diente sowjetische Außenpolitik nicht nur der Förderung des staatssozialistischen Gesellschaftsmodells im Ausland, sondern auch der Projektion von sowjetischem Einfluss in benachbarte asiatische Regionen (Kirasirova 2024). Der Internationalismus des sowjetischen Zentralasiens wurde zwar primär durch staatliche Institutionen sowie offizielle Handels- und Kooperationsabkommen vermittelt, umfasste jedoch auch bedeutende persönliche Kontakte und Interaktionen im kulturellen Bereich, wie die Freundschaft zwischen tadschikischen und pakistanischen Schriftstellern (O'Connor 2025). Während des Kalten Krieges vertieften sich insbesondere die sowjetisch-afghanischen Beziehungen, etwa durch die Ausbildung afghanischer Studenten an Hochschulen in der Tadschikischen SSR und anderen Sowjetrepubliken (Emadi 1998, S. 115). Sowjetische Entwicklungsprogramme und großangelegte Infrastrukturprojekte in Zentralasien wurden häufig mit Blick auf die Stärkung der grenzüberschreitenden Entwicklungszusammenarbeit konzipiert. Ein Beispiel ist der Bau des Nurek-Stau-

damms in der Tadschikischen SSR ab 1961, der nicht nur die aufkommende tadschikische Industriebranche mit Strom versorgen, sondern auch als technologisches Vorbild für sowjetische Staudammprojekte in Afghanistan dienen sollte (Kalinovsky 2018, S. 86; Ohlendorf 2023, S. 78). Die sowjetische Intervention in Afghanistan zwischen 1979 und 1989 hat diese Verflechtungen weiter intensiviert: Nordafghanistan wurde durch den Bau neuer Übertragungsleitungen bis 1985 an das zentralasiatische Stromnetz angeschlossen, während grenzüberschreitende Eisenbahnstrecken, Straßen und Brücken über den Amu-Darja über die gesamte Zeit des Krieges hinweg die Grundlage der sowjetischen Logistik bildeten.

Umarows Vorschläge auf der Kabul-Konferenz von 2006 reflektieren dieses historische Vermächtnis. So plädierte er etwa für gemeinsame Staudammprojekte und Stromhandel zwischen Afghanistan und Tadschikistan, die Ausbildung afghanischer Fachkräfte an tadschikischen Hochschulen sowie die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan, um den grenzüberschreitenden Handel mit der afghanischen Provinz Badachschan zu fördern. Dafür betonte er, wie geografische Nähe und historische Verbindungen sowie gemeinsame Sprachen und Kulturen den grenzüberschreitenden Austausch und die regionale Stabilität fördern können. In diesen Vorstellungen drücken sich schließlich frühere Konzepte der sowjetischen Entwicklungszusammenarbeit aus, jedoch in einer neu gerahmten Weise, um dem neoliberalen Diskurs der 2000er Jahre über wirtschaftliche und finanzielle Regulierung, freie Märkte und offene Grenzen für den ungehinderten Austausch von Waren und Kapital zu entsprechen. Umarows Fall zeigt eindrücklich, wie sowohl sowjetische als auch postsowjetische Entwicklungsexpertise nach 1991 durch lokale Spezialisten vermittelt wurde und wie weit diese davon entfernt waren, lediglich passive Empfänger externer Entwicklungspraktiken zu sein. Stattdessen nutzten zentralasiatische Experten ihre Netzwerke, ihr technisches Wissen und ihr historisches Verständnis, um die postsowjetische regionale Integration entsprechend ihrer eigenen Vorstellungen zu gestalten. Folglich musste keiner der zentralasiatischen Teilnehmer der Kabul-Konferenz von den Vorteilen regionaler Integration und grenzüberschreitenden Handels überzeugt werden. Vielmehr nutzten lokale Akteure die Konferenz, um zu erörtern, wie regionale Integration umgesetzt werden könnte. Dabei griffen sie auf teilweise lebenslange Arbeitserfahrung und jahrzehntelange Verbindungen zwischen Zentral- und Südasien zurück, die bereits vom sowjetischen Staat gefördert worden waren.

Fazit

In seinem 2016 veröffentlichten Artikel »Actually existing silk roads« kritisiert der Sozialanthropologe Magnus

Marsden, dass zeitgenössische Konnektivitätsinitiativen wie die US-amerikanische »New Silk Road« bestehende Handelsnetzwerke missachten und infrastrukturelle Großprojekte gegenüber tatsächlichen Mobilitäten priorisieren. Die »First Kabul Conference on Partnership, Trade, and Development in Greater Central Asia« von 2006 zeigt jedoch, dass internationale und staatliche Initiativen keineswegs blind für bestehende Netzwerke waren oder gänzlich losgelöst von gelebten Realitäten operierten. Im Gegenteil: Frühere Mobilitäten und Austauschprozesse haben maßgeblich die Art und Weise geprägt, wie die Konferenzteilnehmer regionale Integration konzipierten. So erkannten beispielsweise Vertreter der Weltbank – eine der für regionale Konnektivitätsprojekte verantwortlichen Organisationen – explizit bestehende informelle Handelsnetzwerke an und sahen in diesen eine Ressource für die regionale Integration. Gleichzeitig waren sie der Meinung, dass diese Netzwerke unzureichend seien, um nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu generieren, und aufgrund ihrer Informalität mit potenziellen Sicherheitsrisiken einhergehen. Die Schaffung von »Greater Central Asia« umfasste somit auch den Versuch, bestehende Mobilitäten und Verbindungen entsprechend zu transformieren.

Die maßgebliche Rolle von zentralasiatischen Experten wie Chodschimuhammad Umarow auf der Konferenz verdeutlicht, dass »Greater Central Asia« weder ein rein von den Vereinigten Staaten initiiertes, noch ein

regional gänzlich neuartiges Vorhaben war. Vielmehr haben die Teilnehmer regionale Integration im Kontext von historisch vermittelten Arbeitserfahrungen und Entwicklungspraktiken diskutiert. Im Ergebnis wurde eine zeitgenössische Entwicklungsagenda auf bereits bestehende Infrastrukturen, Netzwerke und Wissensbestände geschichtet, die zusammen das greifbare Vermächtnis der sowjetischen Regionenbildung zwischen Zentralasien und Afghanistan während des Kalten Krieges darstellen. S. Frederick Starrs ursprüngliche Darstellung von »Greater Central Asia« als einer historisch einzigartigen Chance für regionale Integration musste diese tiefen historischen Kontinuitäten außer Acht lassen, während seine Strategie doch auf ihnen aufbaute. Die mangelnde Berücksichtigung der strukturellen Kraft von regionaler Geschichte ist einer der Gründe, warum sich die »New Silk Road« letztlich nicht materialisiert hat – neben geopolitischen Faktoren, Unterfinanzierung und dem Krieg in Afghanistan selbst (Stronski 2017; Hunt 2025). Hierbei wird deutlich, dass diese Kontinuitäten berücksichtigt werden müssen, wenn man die komplexe Art und Weise verstehen will, wie historische Strukturen und zukunftsorientierte Entwicklungsvisionen weiterhin die fortdauernde Regionenbildung zwischen Zentralasien und dem seit 2021 wieder von den Taliban regierten Afghanistan prägen (vgl. Mielke 2024).

Aus dem Englischen von Rostam Onori

Der Beitrag basiert auf dem Kapitel »Old Routes, New Rhetoric: Soviet Legacies in Central Asian Regional Integration« im »Yearbook for the History of Global Development. Volume 4: Development and Transition: International Organizations and Post-Socialist Eurasia«, herausgegeben von Artemy M. Kalinovsky und Eva Rogaar, erscheinend. Die Forschung für den Artikel und das Kapitel wurde im Rahmen des ERC-finanzierten Projekts »Building a Better Tomorrow: Development Knowledge and Practice in Central Asia and Beyond, 1970-2017« (Nr. 865898), das an der University of Amsterdam angesiedelt ist, durchgeführt.

Über die Autorin

Davlatbegim Mamadshoeva ist Doktorandin an der University of Amsterdam. Ihre Dissertation untersucht die sowjetische und postsowjetische Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan aus der Perspektive der zentralasiatischen Republiken zwischen 1970 und 2011.

Lesetipps / Bibliographie

- Clinton, Hillary Rodman. 2011. »Remarks on India and the United States: A Vision for the 21st Century.« U.S. Department of State, 20.07.2011. <https://2009-2017.state.gov/secretary/20092013clinton/rm/2011/07/168840.htm>
- Cooley, Alexander. 2014. *Great Games, Local Rules: The New Great Power Contest in Central Asia*. Oxford University Press.
- Emadi, Hafizullah. 1998. »The end of Taqiyya: reaffirming the religious identity of Ismailis in Shughnan, Badakhshan – political implications for Afghanistan.« *Middle Eastern Studies* 34 (3): 103–120. <https://doi.org/10.1080/00263209808701234>
- Hunt, Edward. 2025. »In pursuit of a new Silk Road: the geopolitics of U.S. empire in Afghanistan, 2001–2021.« *Globalizations*. <https://doi.org/10.1080/14747731.2025.2479321>
- Kalinovsky, Artemy M. 2015. »Encouraging Resistance: Paul Henze, the Bennis School, and the Crisis of Détente.« In *Reassessing Orientalism: Interlocking Orientologies during the Cold War*, edited by Michael Kemper, Artemy M. Kalinovsky, 211–231. London: Routledge.

- Kalinovsky, Artemy M. 2018. *Laboratory of Socialist Development: Cold War Politics and Decolonization in Soviet Tajikistan*. Ithaca: Cornell University Press.
- Khalid, Adeeb. 2021. »Islam in Central Asia 30 years after independence: debates, controversies and the critique of a critique.« *Central Asian Survey* 40 (4): 539–554. <https://doi.org/10.1080/02634937.2021.1923458>
- Kirasirova, Masha. 2024. *The Eastern International: Arabs, Central Asians, and Jews in the Soviet Union's Anticolonial Empire*. Oxford University Press.
- Kurbanova, Manizha. 2015. »Профессору Ходжимухаммаду Умарову – 70 лет.« ASIA-Plus, 26.10.2015. <https://old.asiaplustj.info/ru/news/life/person/20151026/professoru-khodzhimukhammadu-umarovu-70-let>
- Laruelle, Marlene. 2017. »The US Silk Road: Geopolitical Imaginary or the Repackaging of Strategic Interests?« In *The Central Asia–Afghanistan Relationship: From Soviet Intervention to the Silk Road Initiatives*, edited by Marlene Laruelle, 199–218. Lanham, MD: Lexington Books.
- Marsden, Magnus. 2017. »Actually existing silk roads.« *Journal of Eurasian Studies* 8 (1): 22–30. <https://doi.org/10.1016/j.euras.2016.11.006>
- Mielke, Katja. 2024. »Kontinuität statt Neuausrichtung? Die Afghanistan-Politik von Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan drei Jahre nach der erneuten Machtergreifung der Taliban.« *Zentralasien-Analysen* 166: 2–7. <https://doi.org/10.31205/ZA.166.01>
- Norling, Nicklas. 2006. *First Kabul Conference on Partnership, Trade and Development in Greater Central Asia*. Washington, D.C: Central Asia-Caucasus Institute.
- O'Connor, Aeron. 2024. »Peeking under the Asian Iron Curtain: Socialist, Persianate and anti-colonial modes of friendship between Pakistani and Tajik poets.« *History and Anthropology* 36 (2): 326–347. <https://doi.org/10.1080/002757206.2024.2337621>
- Ohlendorf, Aurelia. 2023. »Hydropower for a Modern Afghanistan: Soviet Aid to the Southern Neighbour in the 1960s.« In: *Making Spaces through Infrastructure: Visions, Technologies, and Tensions*, edited by Marian Burchhardt, Dirk van Laak, 63–82. Oldenburg: De Gruyter.
- PTI. 2017. »US revives infra projects in Asia with India as key player to counter China's OBOR.« The Indian Express. <https://indianexpress.com/article/world/china-belt-and-road-initiative-obor-us-infrastructure-projects-india-4671773/>
- Starr, S. Frederick. 2005. »A 'Greater Central Asia Partnership' for Afghanistan and Its Neighbors.« Silk Road Paper. Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program. https://www.files.ethz.ch/isn/30296/05_Greater_Central_Asia_Partnership.pdf
- Starr, S. Frederick. 2007. *The New Silk Roads. Transport and Trade in Greater Central Asia*. Washington, DC: Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program.
- Stronski, Paul. 2017. »Uncertain Continuity: Central Asia and the Trump Administration.« Carnegie Endowment for International Peace, 27.07.2017. <https://carnegieendowment.org/posts/2017/07/uncertain-continuity-central-asia-and-the-trump-administration?lang=en>
- Woodrow Wilson Center. 2024. »Meeting the Moment: Reflections on the Founding of the Kennan Institute in 1974.« YouTube, 19.11.2024. <https://www.youtube.com/watch?v=6Qk7ZKD3VXY&t=110s>

ANALYSE

Russlands offizielle Anerkennung der Taliban: Zwischen Symbolpolitik und Risikoabwägung

Andrei Kazantsev-Vaisman (Bar-Ilan University, Tel Aviv)

DOI: 10.31205/ZA.169.02

Zusammenfassung

Im Juli 2025 hat Russland als erstes UN-Mitglied sowie als erstes ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats die Taliban als Regierung Afghanistans offiziell anerkannt. Moskau hat diesen Schritt als »realistische Anpassung« an die De-facto-Situation in Afghanistan bezeichnet sowie als Teil der russischen Bestrebung, die Zusammenarbeit mit Staaten zu intensivieren, die sich in Konfrontation mit dem Westen befinden. Mit Blick auf innere Dynamiken des russischen Staates erscheint die Anerkennung der Taliban jedoch weniger als Ergebnis einer kohärenten Strategie, sondern vielmehr als Ausdruck einer Kombination aus außenpolitischen und ideologischen Motiven, die nicht frei von Widersprüchen sind. Der Vorgang illustriert die Fragmentierung des russischen Entscheidungssystems zwischen dem Außenministerium, das anti-westliche Gesten symbolischer Natur verfolgt, und den Militär- und Sicherheitsbehörden, die in dschihadistischen Gruppen mit Verbindungen nach Afghanistan weiterhin eine konkrete Gefahr sehen. Der Beitrag beleuchtet interne Motive hinter der offiziellen Anerkennung der Taliban und die Frage, wie dieser Schritt sicherheitspolitische Dynamiken zwischen Russland und Zentralasien beeinflusst, vor allem vor dem Hintergrund der mit Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan geteilten Sicherheitsarchitektur der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

Einleitung: Die erneute Machtübernahme der Taliban in Afghanistan 2021 als Problemstellung für die russische Außenpolitik

Die erneute Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 hat Russland vor grundlegende außenpolitische Fragen gestellt. Seit 2017 hat die russische Regierung versucht, durch das »Moskau-Format« Einfluss auf den afghanischen Friedensprozess auszuüben. Dem Format gehören Russland, China, Pakistan, Iran, Indien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan an. Taliban-Vertreter haben zwar bereits an früheren Treffen des Formates teilgenommen, offiziell sind sie ihm jedoch erst 2025 beigetreten. Auch haben Taliban-Delegationen bereits zuvor an wirtschaftlichen und kulturdiplomatischen Veranstaltungen in Russland teilgenommen, u. a. am Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg 2024 und am »Kasan-Forum: Russland – Islamische Welt«, ebenfalls 2024. Dennoch waren die Taliban bis vor kurzem in Russland offiziell als Terrororganisation verboten. Das Verbot wurde erst im April 2025 auf Gesuch von Außen- und Justizministerium vom Obersten Gericht aufgehoben. In den letzten vier Jahren wurde also noch versucht, eine Balance zwischen dem rechtlichen Verbot und einem pragmatischen Dialog zu finden; im Jahr 2025 hat sich Moskau jedoch innerhalb weniger Monate scheinbar klar auf eine offizielle Anerkennung der Taliban festgelegt.

Tatsächlich sind diesem außenpolitischen Kurswechsel jedoch intensive Kontroversen zwischen Außen-

ministerium und Sicherheitsapparat vorausgegangen, wobei sich das Außenministerium am Ende durchsetzen konnte. Aus der Sicht des Außenministeriums stellt die russische Anerkennung der Taliban einen weiteren Schritt in Richtung einer multipolaren Weltordnung mit einem starken Bündnis antiwestlicher Staaten dar. Im Gegensatz dazu sehen die Sicherheitsbehörden und vor allem das Verteidigungsministerium in den Taliban weiterhin eine islamistische Terrororganisation, die zusammen mit anderen dschihadistischen Gruppen wie dem Islamischen Staat Khorasan-Provinz (ISKP) oder der mit den Taliban verbündeten Jamaat Ansarullah eine Gefahr für die Sicherheit in Russland und Zentralasien darstellt. In Gesprächen, die der Autor des Beitrags mit russischen Beamten und Sicherheitsexperten bis 2022 in Russland geführt hat, wurde eine allgemeine Skepsis gegenüber den Taliban deutlich, die sowohl die Haltung der liberalen und prowestlichen als auch der konservativen und nationalistischen Teile der politischen Elite prägte. Dieses breite Misstrauen war der Grund dafür, weshalb sich der Prozess der Entkriminalisierung, der einer offiziellen Anerkennung der Taliban zwingend vorausgehen musste, über Jahre gestreckt hat.

Antiwestliche Ideologie und geopolitische Symbolik

Die offizielle Anerkennung der Taliban ist Teil der ideologischen Bestrebung Moskaus, die Führung einer »alternativen Weltordnung« zu übernehmen, die nicht mehr von den Vereinigten Staaten, der NATO oder liberalen

Normen internationaler Beziehungen geprägt ist. Mit diesem Schritt signalisiert der Kreml die Bereitschaft, sich über den internationalen Konsens, die Taliban aufgrund ihrer systematischen Menschenrechtsverletzungen zu ächten, hinwegzusetzen. Zugleich setzt der Vorgang einen Präzedenzfall, der Implikationen für andere internationale Kontexte hat, etwa mit Hinblick auf Russlands andauernden Krieg gegen die Ukraine. So könnte Moskau die Begründung, die Taliban aufgrund ihrer faktischen Herrschaft über Afghanistan anerkannt zu haben, später als vermeintliches Argument dafür anführen, »legitime« Kontrolle über die vier (teilweise) von der russischen Armee besetzten ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson auszuüben. Diese Gebiete hat die Russische Föderation 2022 einseitig annektiert, wobei die dafür in den besetzten Gebieten durchgeführten Scheinreferenden international nur von Nordkorea anerkannt wurden. Mit der offiziellen Anerkennung der Taliban versucht Moskau also auch, die normative Kraft des Völkerrechts zu unterminieren und stattdessen die faktische Kontrolle über Territorium als normative Quelle vermeintlich legitimer Herrschaft zu etablieren, im Sinne einer nicht von Recht, sondern von Macht strukturierten internationalen Ordnung.

Ein weiterer Beweggrund seitens der russischen Führung liegt im Ziel, einen »autoritären Block« eurasischer Mächte zu etablieren. In diesem hypothetischen Zusammenschluss autokratischer Regime unter russischer Führung sollen neben Iran, China, Pakistan und gegebenenfalls Indien nun auch die Taliban Platz finden. Die konzeptuellen Umriss eines solchen Zusammenschlusses erschienen bereits in der 2015 von Wladimir Putin vorgestellten Initiative einer »Großeurasischen Partnerschaft« (Li 2018), die aufgrund divergierender Interessen und geopolitischer Rivalitäten jedoch nie zustande gekommen ist. So konkurrieren Iran und Pakistan um Einfluss in Afghanistan und unterstützen dabei unterschiedliche politische, ethnische und religiöse Gruppen. Darüber hinaus kam es, wie zuletzt im Januar 2024, zu wiederkehrenden Konflikten im Zusammenhang mit der Sicherheit der gemeinsamen Grenze zwischen der pakistanischen Provinz Belutschistan und der iranischen Provinz Sistan und Belutschistan. Währenddessen bleiben Indien und Pakistan erbitterte Erzfeinde und haben erst im Mai 2025 einen weiteren bewaffneten Konflikt ausgetragen, der durch einen Terroranschlag auf Touristen im indischen Unionsterritorium Jammu und Kashmir im April ausgelöst wurde. Ebenso bleiben Indien und China, trotz jüngster Wiederannäherungen, internationale Rivalen um die Führung innerhalb der Gruppe postkolonialer Staaten und haben darüber hinaus wiederkehrende Konflikte entlang umstrittener Grenzgebiete im Himalaya, wie zuletzt 2020 und 2021.

China ist im Gegensatz zu Russland gegenüber den Taliban diplomatisch zurückhaltend, da Peking befürchtet, dass die neuen Machthaber in Kabul weiterhin dschihadistische Gruppen aus dem Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang unterstützen oder ihnen Unterschlupf in Afghanistan gewähren. Erste Anzeichen sprechen dafür, dass sich Chinas zögerliche Haltung gegenüber Afghanistan negativ auf die wirtschaftlichen Beziehungen auszuwirken beginnt, die Peking unterhalb der Schwelle einer offiziellen Anerkennung mit den Taliban unterhält. So haben die Taliban im Juni einen 2023 unterzeichneten Vertrag im Wert von 540 Millionen US-Dollar mit der Xinjiang Central Asia Petroleum and Gas Company aufgekündigt, da die Firma ihrer Investitionsverpflichtung zur Entwicklung der Ölfelder im nordafghanischen Amu-Darja-Becken bisher nicht nachgekommen sei.

Vor diesem internationalen Gesamthintergrund wird deutlich, dass Russlands offizielle Anerkennung der Taliban kein strategischer Schritt im Rahmen einer engen Koordination mit eurasischen Partnern war, sondern es sich vor allem um einen ideologischen Akt mit Symbolkraft gehandelt hat. Moskau möchte damit vor allem seine Unabhängigkeit von westlichen Normen unterstreichen, aber auch einen neuen Verbündeten in Zentralasien gewinnen, um die Südflanke des postsowjetischen Raumes zu stärken. Nachdem US-Präsident Donald Trump mehrfach angekündigt hat, die 2021 von der US-Armee aufgegebene Bagram Air Base nördlich von Kabul von den Taliban zurückfordern zu wollen, kann der Schritt auch als Versuch Moskaus gewertet werden, US-amerikanischen Interessen in Afghanistan zuvorzukommen. Das ist vor allem mit Hinblick auf Moskaus Bestrebungen relevant, Afghanistan als Transitraum für den russischen Energiehandel mit Südasien zu erschließen. So haben sich Putin und der pakistanische Premierminister Shehbaz Sharif erst im September auf eine Ausweitung der Zusammenarbeit im Energiebereich verständigt, wobei Islamabad den Import von russischem Öl und Gas massiv erhöhen möchte. Dafür muss jedoch zuerst die trans-afghanische Exportroute ausgebaut und konsolidiert werden. Die offizielle Anerkennung der Taliban ist somit auch Teil der russischen geoökonomischen Agenda zur Diversifizierung von Absatzmärkten und Exportrouten. Jedoch bindet sich der Kreml damit auch an ein volatiles und unberechenbares Regime, das nur leidlich als verlässlicher Partner für regionale Stabilität und Sicherheit gelten kann. So unterhalten die Taliban nicht nur weiterhin enge Kontakte mit ihrem pakistanischen Ableger, der Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP), sondern unterstützen diese aktiv in ihrem Aufstand gegen den pakistanischen Staat, um die Föderalregierung in Islamabad zu schwächen und unter der paschtunischen Bevölkerung in der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa an

Einfluss zu gewinnen. Wie vorherige afghanische Regierungen bestreiten die Taliban die Rechtmäßigkeit der 1893 etablierten Durand-Linie, die heute als internationale Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan fungiert, und stellen damit indirekt Pakistans territoriale Integrität infrage.

Die Taliban-Kontroverse innerhalb des russischen Staatsapparats

Wie bereits angemerkt, war die Entscheidung Moskaus, die Taliban im Juli 2025 offiziell anzuerkennen, das Ergebnis eines komplexen Kompromisses zwischen rivalisierenden Machtzentren innerhalb des russischen politischen Systems. Die Bruchlinie verläuft dabei weniger entlang von Parteizugehörigkeiten als eher zwischen staatlichen Institutionen als solchen. Von Beginn an standen sich die Positionen wichtiger Machthabere des russischen Staatsapparates diametral gegenüber. So hat das Außenministerium seit der erneuten Machtübernahme der Taliban 2021 auf einen Ausbau der Kontakte und eine formelle Anerkennung gedrängt, um die anti-westliche »multipolare Front« sowie den russischen Einfluss in Zentral- und Südasien zu stärken. Im Gegensatz dazu warnten die Sicherheitsbehörden eindringlich vor den Gefahren, die von in Afghanistan aktiven Terrorgruppen ausgingen – insbesondere vor dem ISKP und der Jamaat Ansarullah, die sich beide zu einem großen Teil auf ethnisch tadschikische Kämpfer aus Afghanistan und Tadschikistan stützen. Aufgrund der gut dokumentierten Zusammenarbeit zwischen den Taliban und der Jamaat Ansarullah herrscht im russischen Sicherheitsapparat ein tiefes Misstrauen gegenüber den Taliban, die dort nicht als Partner, sondern als Problem im Anti-Terror-Kampf gesehen werden. Vor allem das russische Verteidigungsministerium hat seit 2021 entsprechende Bedenken geäußert und regelmäßig gegenüber den Mitgliedern der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) kommuniziert.

Die Risikoeinschätzung des russischen Verteidigungsministeriums zu den Taliban wurde insbesondere von Tadschikistan geteilt, das als einziges OVKS-Mitglied direkt an Afghanistan grenzt und vor allem in der in Nordafghanistan aktiven Jamaat Ansarullah eine Bedrohung sieht. Die Jamaat Ansarullah wurde 2006 von dem tadschikischen Staatsbürger Amriddin Tobarow gegründet; Tobarow war während des tadschikischen Bürgerkriegs ein Kommandant der Vereinigten Tadschikischen Opposition. Er gehörte zu einer Gruppe von Kämpfern, die das tadschikische Friedensabkommen von 1997 nicht akzeptierten und sich stattdessen nach Afghanistan abgesetzt haben, um einer Entwaffnung durch die tadschikische Regierung zu entgehen. Seitdem ist es erklärtes Ziel der Jamaat Ansarullah, die Republik Tadschikistan zu stürzen und an deren Stelle ein Islamisches Emirats zu

errichten. Aus diesem Grund stand Duschanbe jeglicher Kooperation mit den Taliban extrem ablehnend gegenüber und hat stattdessen seit 2021 eine Reihe demonstrativer OVKS-Militärmanöver an der Grenze abgehalten, um Gruppen wie die Jamaat Ansarullah von Übergriffen auf tadschikisches Territorium abzuschrecken. Seit 2023 kooperiert Duschanbe allerdings zunehmend pragmatisch mit den Taliban, was vor allem daran liegt, dass auch Tadschikistan wirtschaftliche und infrastrukturelle Interessen in Afghanistan verfolgt (Mielke 2024). Der Wandel der tadschikischen Afghanistan-Politik seit 2023 hat indirekt auch das russische Außenministerium in seiner Position gestärkt, dass es sich bei den Taliban um einen pragmatischen Akteur handelt, mit dem Russland kooperieren könne und solle.

Wie stark sich das russische Außenministerium seitdem mit seiner politisch-ideologischen Rhetorik gegenüber den konkreten Bedenken der Sicherheitsbehörden durchsetzen konnte, zeigt auch die offizielle Reaktion nach dem Terroranschlag auf die Crocus City Hall im März 2024. Während westliche Nachrichtendienste und unabhängige Beobachter schnell auf eine Verbindung der Täter zum ISKP in Afghanistan hinwiesen, wurde in der offiziellen russischen Darstellung die ukrainische Regierung verantwortlich gemacht. Auf diese Weise hat der Kreml den Anschlag nicht nur für seine hybride Kriegsführung gegen die Ukraine instrumentalisiert, sondern konnte so auch von unangenehmen sicherheitspolitischen Implikationen hinsichtlich der russischen Zusammenarbeit mit den Taliban und der Situation in Afghanistan ablenken. Im Kontrast dazu haben russische Analysten wie Andrei Serenko wiederholt vor der engen Verflechtung zwischen dem ISKP und dem Haqqani-Netzwerk, einem semi-autonomen Ableger der Taliban, gewarnt. Serenkos Einschätzung zufolge sind die Taliban nicht nur nicht in der Lage, den transnationalen Dschihadismus in Afghanistan zu bekämpfen, sondern pflegen in vielen Fällen sogar selbst operative Kontakte zu entsprechenden Gruppen. Dadurch setzt sich Russland mit einer Annäherung an die Taliban selbst einem Sicherheitsrisiko aus (News.ru 2024; Serenko 2024; Serenko 2025). Trotz solcher fundierter Analysen seitens russischer Sicherheitsexperten konnte sich das Außenministerium mit seiner ideologisch motivierten Linie am Ende durchsetzen, was auf eine fortwährende Fragmentierung zentraler Entscheidungsprozesse im russischen Staatsapparat hindeutet.

Sicherheitsimplikationen der offiziellen Anerkennung für Zentralasien

Zum Schluss bleibt die Frage, ob die offizielle russische Anerkennung der Taliban tatsächlich mit Sicherheitsrisiken für die postsowjetischen Staaten in Zentralasien einhergeht. In vertraulichen Gesprächen haben sowohl

russische als auch zentralasiatische Experten gegenüber dem Autor immer wieder die Sorge geäußert, dass Moskaus Anerkennung der Taliban die Gefahr von Terrorismus und Instabilität in der Region eher verstärkt als verringert. Trotz der wiederholten Beteuerungen der Taliban, im Einklang mit dem Doha-Abkommen von 2020 keine transnationalen Terrorgruppen auf afghanischem Territorium zu dulden, bestehen weiterhin enge und dauerhafte Verbindungen zu radikalen Gruppen wie al-Qaida, der TTP, Jamaat Ansarullah, den Überresten der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) sowie dem russischen »Kaukasus-Emirat« (Imarat Kavkaz). Afghanistan dient diesen Gruppierungen weiterhin als Rückzugsraum und als Territorium für die Rekrutierung und Ausbildung von Kämpfern sowie für die Vorbereitung von Anschlägen. Dieses Risiko besteht auch weiterhin für die zentralasiatischen Nachbarstaaten, für Russlands südliche und zentrale Regionen und perspektivisch auch für Europa.

Entgegen der russischen Begründung, die Taliban aufgrund ihrer faktischen Herrschaft anzuerkennen, kontrollieren die Taliban nicht ganz Afghanistan. Vor allem die andauernden, wenn auch mittlerweile nur noch im Untergrund organisierten Aktivitäten des ISKP belegen, dass die Taliban bisher nicht in der Lage waren, ihre Herrschaft flächendeckend durchzusetzen. Trotz entsprechender Erklärungen ist es den Taliban noch nicht gelungen, den ISKP zu zerschlagen. Diese anhaltende Unsicherheit ist nicht nur ein Hindernis für wirtschaftliche Projekte und die Anziehung von Investitionen, sondern lässt auch Zweifel an der Verlässlichkeit Afghanistans als Transitzone für den russischen Gütertransport zwischen Zentral- und Südasien aufkommen.

Ein weiterer Punkt betrifft Russlands Selbstanspruch, der primäre Sicherheitsgarant in Zentralasien zu sein. Schon lange vor 2022 begannen die zentralasiatischen Staaten, ihre militärische Abhängigkeit von Russland mittels Diversifizierung ihrer internationalen Sicherheits- und Rüstungspartnerschaften zu verringern. Spätestens seit dem Überfall auf die Ukraine 2022 wird Russland in Zentralasien nunmehr selbst als erhebliches Sicherheitsrisiko und potenzielle Gefahr für die regionale Stabilität wahrgenommen, gegenüber der man sich so weit wie möglich absichern will. Die offizielle Anerkennung der Taliban versetzt der russischen Glaubwürdigkeit in Zentralasien einen weiteren Schlag, nachdem sich Moskau jahrzehntelang als Partner im Kampf gegen den militanten Islamismus inszeniert hatte (vgl. Klimentov 2022). Schließlich erzeugt dieser abrupte Kurswechsel einen ideologischen Widerspruch zwischen Moskaus neuer offizieller Partnerschaft mit der islamistischen Regierung in Kabul und dem langjährigen sicherheitspolitischen Engagement im Rahmen der OVKS zur Stärkung der postsowjetischen Süd-

flanke in Zentralasien. Aus Sicht der zentralasiatischen Staaten wirkt Russlands Entscheidung daher wie eine Bestätigung ihrer bereits verfolgten Strategie, sich durch die multivektorale Diversifizierung internationaler Partnerschaften gegenüber Russland abzusichern und den eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum so weit wie möglich zu erweitern. In diesem Zusammenhang werden Staaten wie China und die Türkei, aber auch westliche Länder für Zentralasien wichtige Partner bleiben, um den andauernden russischen Einfluss in der Region auszubalancieren. Währenddessen werden die zentralasiatischen Regierungen ihre eigene wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Taliban fortsetzen, sich dabei jedoch weiterhin so gut wie möglich gegen Sicherheitsrisiken aus Afghanistan absichern.

Fazit

Die offizielle Anerkennung der Taliban durch Russland lässt sich kaum als strategischer Erfolg deuten, auch wenn strategische Motive eine wichtige Rolle gespielt haben. Zu diesen Motiven gehören die geopolitische Rivalität mit den Vereinigten Staaten, die Aussicht auf eine neue trans-afghanische Transitroute für den Energiehandel mit Pakistan sowie die Suche nach neuen Verbündeten, nachdem sich die zentralasiatischen Staaten seit dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 gegenüber Russland abzusichern versuchen. Zumindest im russischen Sicherheitsapparat herrscht hingegen weiterhin die Meinung vor, dass diese Motive angesichts der konkreten Sicherheitsrisiken keine offizielle diplomatische Zusammenarbeit mit den Taliban rechtfertigen. In diesem Zusammenhang offenbart der Vorgang die zunehmende Dysfunktionalität der russischen Außen- und Sicherheitspolitik und die Fragmentierung staatlicher Entscheidungsprozesse entlang divergierender Ziele und Prioritäten von Außenministerium und Sicherheitsbehörden. Schließlich ist die offizielle Anerkennung auch ein Ausdruck der Art und Weise, wie sich alle strategischen und sicherheitspolitischen Interessen der anti-westlichen Ideologie unterzuordnen haben, die mittlerweile alle Bereiche des russischen Staatsapparates durchdringt. Für jene Teile der russischen Regierung, die sich mit der offiziellen Anerkennung durchsetzen konnten, demonstriert dieser Schritt Russlands Unabhängigkeit von westlichen Normen auf dem Weg zu einer »multipolaren Welt«. Abseits dieser hochideologischen Logik wird jedoch schnell deutlich, dass Moskau derzeit keine belastbare Regionalstrategie für Zentralasien vorweisen kann und große Probleme damit hat, einen wirksamen Umgang mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen an der Südflanke des postsowjetischen Raums zu finden.

Für Zentralasien sind die Folgen nicht minder ambivalent. Moskau hat eine lange Tradition, sich mit Hin-

blick auf den »Afghanistan-Faktor« als verlässlicher Sicherheitspartner für die zentralasiatischen Staaten darzustellen. Mit der offiziellen Anerkennung eines islamistischen Regimes wird diese russische Selbstdarstellung weiter infrage gestellt. Unterdessen setzen die zentralasiatischen Staaten ihre Suche nach verlässlichen internationalen Partnerschaften fort, wobei zuletzt auch die intraregionale Zusammenarbeit zum Zweck der gegenseitigen Förderung von Stabilität intensiviert wurde. Anstatt die klaffende Diskrepanz zwischen Russlands

ideologischen Gesten und strategischen Erwägungen einfach hinzunehmen, fangen die zentralasiatischen Staaten lieber an, sich selbst um ihre Sicherheit zu kümmern. Mit dem sinkenden Vertrauen der zentralasiatischen Staaten gegenüber Moskau nimmt auch der russische Einfluss in Zentralasien weiter ab, während die Region fortwährend ihre strategische Autonomie festigt.

Aus dem Englischen von Rostam Onori

Über den Autor

Dr. *Andrei Kazantsev-Vaisman* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Begin-Sadat-Zentrum für strategische Studien der Bar-Ilan-Universität in Tel Aviv. Er hat sich auf Außenpolitik, Sicherheitspolitik und Fragen der Energiesicherheit in den zentralasiatischen Staaten und Russland spezialisiert.

Lesetipps / Bibliographie

- Bisset, Victoria. 2025. »Russia becomes first country to recognize the Taliban government.« The Washington Post. <https://www.washingtonpost.com/world/2025/07/04/russia-afghanistan-recognize-taliban-rule/>
- Janse, Diana. 2021. »Russian interests in Afghanistan.« Stockholm: Stockholm Centre for Eastern European Studies. <https://www.ui.se/globalassets/ui.se-eng/publications/sceeus/russian-interests-in-afghanistan.pdf>
- Kazantsev, Andrei. 2019. *International Networks of Jihadism: Central Asia, Caucasus, Middle East and Afghanistan*. Moscow: MGIMO Publishing House.
- Klimentov, Vassily. 2022. »The Tajik Civil War and Russia's Islamist moment.« *Central Asian Survey* 42 (2): 341–358. <https://doi.org/10.1080/02634937.2022.2134298>
- Li, Yongquan. 2018. »The greater Eurasian partnership and the Belt and Road Initiative: Can the two be linked?« *Journal of Eurasian Studies* 9 (2): 94–99. <https://doi.org/10.1016/j.euras.2018.07.004>
- Mielke, Katja. 2024. »Kontinuität statt Neuausrichtung? Die Afghanistan-Politik von Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan drei Jahre nach der erneuten Machtergreifung der Taliban.« *Zentralasien-Analysen* 166: 2–7. <https://doi.org/10.31205/ZA.166.01>
- News.ru. 2024. »Политолог рассказал, как на самом деле талибы борются с ИГ.« <https://news.ru/asia/politolog-rasskazal-kak-na-samom-dele-taliby-boryutsya-s-ig/>
- Serenko, Andrei. 2024. »Джихадисты открыли второй фронт против России.« Независимая газета. https://www.ng.ru/facts/2024-04-02/9_570_jihadists.html
- Serenko, Andrei. 2025. »«Крокус Сити Холл: год со дня трагедии, оставшейся без возмездия»« AsiaTerra. <https://m.asiaterra.info/mneniya/andrei-serenko-krokus-siti-kholl-god-so-dnya-tragedii-ostavshejsya-bez-vozmezdiya>
- Shah, Maqbool. 2025. »Pakistan's TTP Problem: Why Military Solutions Continue to Fail.« The Diplomat. <https://thediplomat.com/2025/05/pakistans-ttp-problem-why-military-solutions-continue-to-fail/>
- Suleimanov, Ruslan. 2023. »«Талибан» в законе. Зачем Россия сближается с Афганистаном.« Carnegie Politika. <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2023/09/russias-growing-ties-with-afghanistan-are-more-symbolism-than-substance?center=russia-eurasia&lang=ru>

ANALYSE

Das türkische Engagement in Afghanistan seit 2021: Humanitäre, wirtschaftliche und bildungspolitische Dimensionen

Zaur Gasimov (Türkisch-Deutsche Universität, Istanbul)

DOI: 10.31205/ZA.169.03

Zusammenfassung

Afghanistan steht angesichts der sich verschärfenden humanitären Krise vor großen Herausforderungen. Die Wirtschaft befindet sich weiterhin im freien Fall, Dreiviertel der Bevölkerung leidet unter Ernährungsunsicherheit, während der Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung und lebensnotwendigen Gütern weiter abnimmt. Das Land ist diplomatisch weiterhin isoliert und bisher hat nur Russland die Taliban als offizielle Regierung Afghanistans anerkannt. Dennoch kooperieren bereits mehrere Staaten, darunter die Türkei, unterhalb der Schwelle einer offiziellen Anerkennung mit dem islamistischen De-facto-Regime. Der Artikel beleuchtet die jüngsten Entwicklungen in den türkisch-afghanischen Beziehungen seit der Einnahme Kabuls durch die Taliban im Jahr 2021. Seitdem hat die Türkei zahlreiche Wirtschafts- und Bildungsprojekte in Afghanistan initiiert oder fortgeführt, was die Kontinuität des türkischen Engagements in Afghanistan verdeutlicht. Dennoch hat Ankara nur begrenzte Möglichkeiten, gesellschaftliche und humanitäre Entwicklungen in Afghanistan wesentlich zu beeinflussen. Die Gründe hierfür sind nicht nur die frauenfeindliche und rigide Bildungs- und Sozialpolitik der Taliban und deren andauernde Nichtanerkennung durch die internationale Gemeinschaft, sondern auch der Mangel an institutionalisierter Afghanistan-Expertise in der Türkei selbst. Vor diesem Hintergrund könnte das türkische Engagement in Afghanistan notwendigerweise genauso strategielos bleiben wie die Afghanistan-Politik von anderen NATO-Staaten, wie dem Vereinigten Königreich, Frankreich oder Deutschland, seit 2021.

Das türkische Engagement in den Bereichen Bildung und humanitäre Hilfe

Die bis heute in der Türkei herrschende »Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung« (AKP) wurde im August 2001 gegründet, vier Monate bevor die Taliban mit Kandahar die letzte afghanische Großstadt unter ihrer Kontrolle verlieren sollten. Der Wahlerfolg der AKP im November 2002 fiel daher fast zeitgleich mit dem Ende des ersten Taliban-Regimes zusammen. Dieser Umstand hatte tiefgreifende Implikationen für die weitere Interaktion zwischen der Türkei und der späteren, 2004 gegründeten Islamischen Republik Afghanistan. Unter dem türkischen Präsidenten Recep Erdogan hat Ankara nicht nur die Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern auf eine neue Grundlage gestellt, sondern auch die Beziehungen zu den Nachbarländern verbessert, vor allem zu Russland sowie der weiteren MENA-Region, einschließlich den Ländern in Zentralasien. Nach der Bonner Vereinbarung sah Ankara im 2002 eingesetzten Übergangskabinett Karzai eine Chance, die bilaterale Zusammenarbeit mit Kabul zu reaktivieren und damit auch die historisch enge Bindung mit Afghanistan wiederzubeleben. Zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben beide Regierungen im Juli 2004 ein zwischenstaatliches Investitionsabkommen unterzeichnet, woraufhin türkische Unternehmen begannen, in Afghanistan aktiv zu werden. Unter anderem eröffnete der große türkische Elektrowarenhersteller

Beko im Januar 2006 sein erstes Geschäft im Einkaufszentrum Kabul City Center. Türkische Bauunternehmen begannen schnell, den afghanischen Bausektor zu dominieren, und Turkish Airlines wurde einer der wichtigsten Anbieter von Flügen von und nach Afghanistan.

Neben der offiziellen Zusammenarbeit mit Kabul begann Ankara auch, die inoffiziellen Kontakte mit den turksprachigen Minderheiten Afghanistans auszubauen, darunter den Usbeken, Turkmenen und Tataren. Ankara unterhielt seit Beginn der 1990er Jahre gute Beziehungen mit dem einflussreichen usbekischen Milizenführer Abdul Raschid Dostum, der nach der Einnahme Nordafghanistans durch die Taliban 1997 ins türkische Exil geflohen ist. Bereits 1993 hat Dostum erwirkt, dass 500 afghanische Usbeken zum Studium in die Türkei gehen konnten. Bis heute unterhält die Türkei in den nordafghanischen Provinzen Balch und Dschuzdschan, in denen eine große usbekische Minderheit lebt, insgesamt sieben noch immer von den Taliban geduldete Bildungseinrichtungen, darunter auch zwei Gymnasien und eine Oberschule für Mädchen. Die wichtigsten Organisationen für die türkische Zusammenarbeit mit den afghanischen Minderheiten sind die 1992 gegründete Turkish Cooperation and Coordination Agency (TIKA), die 2005 gegründete Can-suyu Assistance and Cooperation Organization und das 2007 gegründete Yunus-Emre-Institut, dessen Auftrag mit dem deutschen Goethe-Institut verglichen werden

kann. TIKA und das Yunus-Emre-Institut unterhalten weiterhin türkisches Lehrpersonal an afghanischen Hochschulen und stiften weiterhin Literatur für öffentliche Bibliotheken. Cansuyu ist vor allem im Bereich der humanitären Hilfe aktiv und hat u. a. im Jahr 2021 in den Provinzen Balch, Tachar und Badachschan 40 Tonnen feste Nahrungsmittel und weitere 2.700 Liter flüssige Nahrungsmittel an insgesamt 900 turkmenische Familien verteilt. Im Juni 2022 hat Cansuyu die gleiche Aktion für 300 weitere turkmenische Familien in den Provinzen Tachar und Faryab wiederholt.

Eine weitere einflussreiche türkische Organisation, die bis heute im afghanischen Bildungssektor aktiv ist, ist die regierungsnahe Maarif Foundation. Seit ihrer Gründung im Jahr 2016 verfolgt die Maarif Foundation das Ziel, alle türkischen Privatschulen, die bis dahin vom Gülen-Netzwerk im Ausland betrieben wurden, unter ihrem Dach zu vereinen. Bis zu ihrem Verbot durch die türkische Regierung im Jahr 2016 war die Gülen-Bewegung auch in Afghanistan stark vertreten. Am 26. Februar 2018 haben Ankara und Kabul eine Absichtserklärung unterzeichnet, durch die zwölf ehemalige Privatschulen der Gülen-Bewegung vom afghanischen Bildungsministerium an die Maarif Foundation übertragen wurden (dasselbe hat die kirgisische Regierung 2024 mit den in Kirgistan aktiven Sapat-Schulen des Gülen-Netzwerkes gemacht). Die Schulen werden seitdem als »Türkisch-Afghanische Maarif-Schulen« weiterbetrieben. Auch nach der Einnahme Kabuls durch die Taliban im August 2021 hat die Maarif Foundation ihre Aktivitäten und ihre Präsenz in Afghanistan weiter ausgedehnt. Am 17. September 2024 hat die Stiftung bekanntgegeben, dass die 46. Maarif-Schule in Afghanistan durch das Maarif-Vorstandsmitglied Ahmed Türkben eröffnet wurde. In seiner Ansprache während der Zeremonie zur Eröffnung des Jungen-Gymnasiums in Dschalalabad hat Türkben angemerkt, dass die Stiftung weltweit 480 Bildungseinrichtungen in 54 Ländern betreibt. Damit befinden sich zehn Prozent aller Auslands-Maarif-Schulen in Afghanistan.

Wie bereits während ihrer ersten Herrschaft haben die Taliban nach ihrer Wiedermachtergreifung weitreichende Einschränkungen für die Ausbildung von Frauen und Mädchen erlassen, mit verheerenden gesellschaftlichen Folgen. Laut der UNESCO haben die erneuten Einschränkungen seit 2021 rund 1,5 Millionen Mädchen insgesamt drei Milliarden Stunden Unterricht gekostet, 30 Prozent der afghanischen Mädchen wurden seitdem nicht eingeschult und 100.000 Frauen wurden zum Abbruch ihres Hochschulstudiums gezwungen. Mädchen dürfen offiziell nur noch bis zur sechsten Klasse unterrichtet werden, weshalb sie darüber hinaus fast keine Chance mehr auf eine weiterführende Bildung haben. Eine der wenigen Chancen besteht in der Auf-

nahme in eines der landesweit sechs türkischen Mädchengymnasien, die offiziell bereits geschlossen sein sollten, jedoch bis heute von den Taliban geduldet werden. Die Zahl der ebenfalls landesweit verbreiteten Mädchengrundschulen ist deutlich höher. Allerdings kann sich heute sowieso kaum noch eine afghanische Familie die teuren Schulplätze an den Maarif-Schulen für ihre Kinder leisten. Laut der offiziellen Statistik werden an den Maarif-Schulen aktuell 7.400 afghanische Schüler und Schülerinnen von insgesamt 1.156 Lehrkräften ausgebildet. Neben Türkisch und Englisch werden an diesen Schulen auch die lokalen Sprachen Dari, Paschtu, Usbekisch und Turkmenisch unterrichtet. Die Maarif-Schulen sind die letzten verbliebenen internationalen Schulen in Afghanistan und damit auch die letzten Einrichtungen, deren Curriculum und Didaktik internationalen Bildungsstandards entsprechen.

Die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich

Unmittelbar nach der Einnahme Kabuls durch die Taliban im August 2021 hat Ankara signalisiert, die eigene wirtschaftliche Präsenz in Afghanistan erhalten und laufende Bauprojekte fortführen zu wollen. Bereits im Jahr 2018 hat die türkische Çalık Holding im turkmenischen Gebiet Mary nahe der afghanischen Grenze ein Kombikraftwerk mit einer Kapazität von 1.574 Megawatt fertiggestellt, das einmal die pakistanische Stadt Quetta über die seit 2015 geplante Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan-Energietrasse (TAP-500) mit Strom versorgen soll. Die Çalık Holding hat im August 2021 den Bau des turkmenischen Abschnittes der Übertragungsleitung abgeschlossen. Seitdem gab es jedoch keine weiteren Baufortschritte und Turkmenistan exportiert bis heute noch keinen Strom nach Pakistan. Laut Plan sollte TAP-500 bereits 2024 in Betrieb gehen. Angesichts der massiven Verzögerung haben sich Vertreter der Taliban, der turkmenischen Regierung und der Çalık Holding im Januar 2025 in Kabul auf regelmäßige Treffen der technischen Komitees und des gemeinsamen TAP-500-Sekretariats geeinigt, um die Umsetzung des Projektes weiter voranzutreiben.

Nach 2021 gab es jedoch auch einen Rückschlag für die Türkei. Noch während des NATO-Truppenabzuges hat Ankara im Juni 2021 zugestimmt, von der NATO die Kontrolle über den Hamid Karzai International Airport in Kabul zu übernehmen, um dessen Betrieb und Sicherheit während und nach dem Abzug zu gewährleisten. Im Dezember 2021 haben die Türkei und Katar dann ein Abkommen über den gemeinsamen Betrieb der drei wichtigsten afghanischen Flughäfen in Kabul, Kandahar und Herat unterzeichnet, nachdem sich auch die Vereinigten Arabischen Emirate gegenüber den Taliban als möglicher Flughafenbetreiber ins-

Spiel gebracht hatten. Allerdings konnten sich Ankara und Doha mit den Taliban nicht auf alle Modalitäten einigen, sodass im Mai 2022 schließlich die emiratische GAAC Solutions den Auftrag für den Betrieb der drei Flughäfen bekommen hat. Dafür konnte die Türkei immerhin ihre zentrale Stellung im afghanischen Luftverkehrsmarkt zurückgewinnen: im Mai 2024 hat Turkish Airlines bekannt gegeben, nach einer dreijährigen Unterbrechung die Flüge von und nach Afghanistan wiederaufzunehmen.

Neben dem Luftverkehr ist die Türkei auch noch in anderen Sektoren der afghanischen Wirtschaft aktiv. Im Oktober 2024 hat die türkische Baufirma 77 Insaat mit der afghanischen De-facto-Regierung ein Abkommen im Wert von 163 Millionen Dollar über den Bau einer Zementfabrik in der Provinz Dschuzdschan unterzeichnet. Die Anlage mit einer geplanten Produktionskapazität von 3.000 Tonnen Zement pro Tag soll innerhalb von drei Jahren fertiggestellt werden. Bereits 2022 übernahm 77 Insaat den Betrieb des zweiten Wasserkraftwerkes an der Kajakai-Talsperre in der Provinz Helmand sowie von einer Solaranlage mit einer Kapazität von 15 Megawatt in der Provinz Kandahar. Diese beiden Anlagen im Süden Afghanistans sollen den Strombedarf von mehr als einer Million Menschen decken. Für die Schaffung der dafür notwendigen Übertragungsinfrastruktur stellt 77 Insaat in Afghanistan auch Strommasten aus Stahlbeton her. Im Juni 2025 hat die Firma in der Provinz Herat mit dem Bau einer 200-Megawatt-Windkraftanlage im Wert von 65 Mio. US-Dollar begonnen. In der Provinz Kabul soll außerdem ein Wasserkraftwerk mit einer Kapazität von 150 Megawatt gebaut werden.

Das andauernde türkische Engagement in Afghanistan seit 2021 spiegelt sich schließlich auch im Außenhandel wider. Laut dem »Handels- und Industrieministerium« der Taliban ist das Handelsvolumen mit der Türkei zwischen 2023 und 2024 um 53 Prozent angestiegen. Die wichtigsten Waren, welche die Türkei nach Afghanistan exportiert, sind gewebte Teppiche und andere textile Bodenbeläge; isolierte Drähte, Kabel und andere elektrische Leiter; Auto- und Sattelanhänger sowie Hygieneartikel. Afghanistan exportiert vor allem Agrarprodukte wie Früchte und Nüsse in die Türkei, im Vergleich zu den Importen aus der Türkei jedoch auf einem deutlich niedrigeren quantitativen Niveau.

Afghanen in der Türkei

Die Türkei selbst ist eines der wichtigsten Aufnahme- und Transitländer für Geflüchtete und Migranten aus Afghanistan. Laut der türkischen Regierung lebten im Jahr 2021 mindestens 300.000 afghanische Staatsbürger in der Türkei, darunter sowohl registrierte als auch unregistrierte Personen. Der Großteil der afghanischen Geflüchteten in der Türkei gelangte über die iranisch-

türkische Grenze in das Land. Die Einnahme Kabuls durch die Taliban im August 2021 hat eine erneute Fluchtbewegung von Afghanen in Richtung Türkei ausgelöst. Erdogan hat daraufhin angekündigt, keine weiteren Geflüchteten aus Afghanistan akzeptieren zu wollen, da die Aufnahmekapazitäten der Türkei erschöpft seien. Der türkische Grenzschutz hat jedoch schon vorher mit systematischen Pushbacks an der türkisch-iranischen Grenze begonnen. So wurden bei einer größeren Operation im Juli 2021 über 1.400 Afghanen im Grenzgebiet festgenommen und in den Iran zurück abgeschoben.

Wie in anderen europäischen Ländern hat sich in der Türkei seit 2016 eine migrationskritische Stimmung in der Öffentlichkeit verfestigt, wobei Migranten und Geflüchtete aus Afghanistan besonders stark im Fokus von öffentlichen Ressentiments stehen. Vor allem die rechtspopulistische »Partei des Sieges« (Zafer) und die kemalistische CHP nutzen die migrationskritische Stimmung, um sich in der Gesellschaft als vermeintliche Fundamentalopposition zu profilieren. So beschuldigen CHP-nahe Nachrichtenportale die Regierung immer wieder, angeblich die Kontrolle über die Migration verloren und die Entstehung von kriminalitätsbelasteten »No-go-Areas« zugelassen zu haben. Die öffentliche Debatte über die afghanische Diaspora in der Türkei ist zuletzt im Juli 2024 wiederaufgeflammt, nachdem der Handelsminister Ömer Bolat die aktuelle Stimmung gegenüber Migranten mit der Aussage kritisiert hat, dass wenn »25.000 afghanische Hirten gehen sollten, die türkische Viehzucht zusammenbrechen würde.« Tatsächlich mindern afghanische Unternehmer und Angestellte nicht nur den vorherrschenden Fach- und Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Branchen wie der exportorientierten Textilindustrie. Zudem studieren tausende junger Afghaninnen und Afghanen an türkischen Universitäten und bringen so ihr Bildungskapital in die Gesellschaft und für die Zukunft des Landes ein.

Fazit

Die Türkei ist das einzige NATO-Land, das seine Präsenz in Afghanistan nach dem Fall Kabuls im Jahr 2021 nicht nur beibehalten, sondern sogar ausgebaut hat. Dabei profitiert Ankara von einer besonderen Ausgangslage: Aufgrund ihrer militärischen Zurückhaltung während des NATO-Einsatzes zwischen 2003 und 2021 genießt die Türkei im Unterschied zu vielen westlichen Akteuren weiterhin einen vergleichsweise positiven Ruf innerhalb der afghanischen Bevölkerung. Diese Reputation bildet bis heute die Grundlage für die zahlreichen türkischen Bildungs-, Hilfs- und Infrastrukturprojekte im Land.

Im Zentrum des türkischen Engagements in Afghanistan steht die Bildungszusammenarbeit, wobei die

Maarif Foundation und das Yunus-Emre-Institut eine Schlüsselrolle spielen. Diese Organisationen sind vor allem auch in den von Minderheiten bewohnten nordafghanischen Provinzen wie Balch, Dschuzdschan oder Faryab aktiv, also den Regionen, die von den paschtunisch dominierten Taliban eher vernachlässigt werden. Die Maarif-Schulen sind dabei die letzten in Afghanistan verbliebenen Bildungseinrichtungen mit internationalen Standards und Curricula. Sie sind für viele Mädchen auch die letzte verbliebene Chance auf eine weiterführende Bildung. Dennoch bleibt das türkische Bildungsengagement strukturell eng begrenzt. Aufgrund der landesweit geringen Anzahl türkischer Schulen und der hohen Gebühren haben nur sehr wenige afghanische Familien die Möglichkeit, diese Angebote in Anspruch zu nehmen. Damit leisten die Institutionen zwar punktuell wichtige Beiträge zur Bildungslandschaft, vermögen es jedoch nicht, etwas an der tiefgreifenden Bildungs- und humanitären Krise im Land zu ändern – eine Krise, die schon vor der Wiedermachtübernahme der Taliban bestand und sich seither massiv verschärft hat.

Im wirtschaftlichen Bereich verfolgen türkische Unternehmen, wie 77 Insaat und Çalık Holding, einen pragmatischen und gewinnorientierten Kurs. Sie sind vor allem in den Bereichen Energie und Infrastruktur aktiv, etwa beim Bau von Kraftwerken, Wind- und Solaranlagen oder der Herstellung von Strommasten.

Über den Autor

Assoc. Prof. Dr. Zaur Gasimov ist seit 2024 für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) tätig und koordiniert die Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften an der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul mit. Im Dezember 2020 schloss er seine Habilitation in Neuerer Geschichte und Osteuropäischer Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ab.

Zwar verfolgt Ankara mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch humanitäre Ziele, allerdings liegt diesem Engagement keine Strategie und damit auch keine politische Kohärenz zugrunde. Die Gründe hierfür sind strukturell: für die politische Beratung relevante Regionalstudien mit Zentralasien- und Afghanistan-Schwerpunkt sind an türkischen Universitäten bislang kaum etabliert. Auch wenn mit der Gründung des Center for Iranian Studies (IRAM) in Ankara im Jahr 2016 ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung unternommen wurde, gibt es in der Türkei bis heute keine institutionalisierten Afghanistan-Studien. Der Aufbau von entsprechender Fachexpertise wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen, vorausgesetzt, dass jetzt tatsächlich einmal damit begonnen wird. Immerhin kann gehofft werden, dass die große afghanische Diaspora die Wirksamkeit des türkischen Engagements in Afghanistan langfristig positiv zu beeinflussen vermag. Bis dahin bleibt die strategische Dimension der türkischen Afghanistan-Politik diffus, und dass obwohl gerade der Türkei eine Schlüsselposition für die Entwicklung neuer außenpolitischer Ansätze gegenüber den Taliban zukommen könnte. Das setzt jedoch Ankaras Bereitschaft voraus, mit dem systematischen Aufbau von Afghanistan-Expertise zu beginnen und im Rahmen der NATO strategische Verantwortung für die eigene Präsenz in Afghanistan zu übernehmen.

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2008 zu den zentralasiatischen Ländern befinden sich auf der Seite der Zentralasien-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/chronik?c=region-zentralasien,kasachstan,kirgistan,tadschikistan,turkmenistan,usbekistan&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus, Polen und der Ukraine Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Zentralasien-Analysen

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schmidt
Lektorat: Rostam Onori
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2025 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>